



Sparkommission 4

Ergebnisprotokoll zur 8. Sitzung der Sparkommission 4 am 20.08.2015 im Sitzungssaal

1	Begrüßung	Herr Habers begrüßt die anwesenden Mitglieder der SK 4.	
2	Rückfragen zum Protokoll der vergangenen Sitzung	<p>Herr Barthel bittet um nochmalige schriftliche Erläuterung zum Protokoll, auf welcher Grundlage die Feststellung der SK4 erfolgte, dass aus einer Reduzierung des Winterdienstes keine Einsparung zu generieren ist.</p> <p>Er nimmt weiterhin Bezug auf die Feststellung, dass im Bereich des kommunalen Straßenbaus kein Einsparpotenzial zu generieren ist. Er stellt</p>	<p>Stellungnahme des Baubetriebsamtes:</p> <p>Es wurden die Aufwendungen für den schwachen Winter 2014 und für den stärkeren Winter 2013 vorgestellt.</p> <p>Bei der Grundsteuer wurden die Hebepunkte in 2015 von 50 auf 30 Punkte -Anteil WD- gesenkt.</p> <p>Die Bemessung orientiert sich am tatsächlichen Aufwand. Die Streckenerweiterung von 108 auf 163 km macht eine Steigerung um 33,74% aus. Im milden Winter 2014 macht die Streckenerweiterung eine Kostensteigerung von 16,37 % aus und im stärkeren Winter 2013 macht die Streckenerweiterung eine Kostensteigerung von 31,48 % aus. Die Kostensteigerungen befinden sich immer unter der Analogie der Streckenerweiterung.</p> <p>Dies waren die Argumente, warum die SK zum Ergebnis kam, es sind keine Einsparpotentiale erkennbar.</p> <p>Herr Trefz forderte in der SK 4 die Mittel für den Straßenbau deutlich zu erhöhen, da sehr viele Straßen im Stadtgebiet einen schlechten</p>



Sparkommission 4

		<p>fest dass es neben der genannten Straße Rappenhohn Richtung Weberhöhe andere in schlechterem Zustand gibt, etwa die Zöllner Straße. Dieses ist im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zu thematisieren.</p>	<p>Zustand aufweisen. „Denn nur wenn man strukturelle Teilerneuerungen und angemessene Wartungen durchführt, kann man den Bestand nachhaltig erhalten“. Dem war sich die gesamte SK 4 bewusst.</p> <p>Die SK 4 verwies auf den Zweck der Kommission, es gilt möglichst Mittel einzusparen und nicht weitere Ausgaben zu befürworten.</p> <p>Herr Trefz beklagte die Schäden der Straße Ferrenberg Richtung Weberhöhe, Herr Funke stimmte dem zu und teilte mit, dass wenn man mit dem Blasgerät in ein Asphaltloch bläst, hebe sich die Decke auf mehrere qm an. Da allen klar ist, dass eigentlich mehr Mittel im Straßenbau veranschlagt werden müssten, soll sich der BPUA die von Herrn Trefz vorgeschlagene Stelle ansehen, begutachten und das Thema im BPUA beraten.</p>
3	Budget Städtebauliche Planung	In der Sitzung werden seitens Frau Tillmann die Produktbereiche des Planungs- und Bauordnungsamtes erläutert.	
4	Produkt 09010101	<p>Vorgestellt und erläutert wird das Produkt 09010101 Städtebauliche Planungen.</p> <p>Rückfrage zur Haushaltsstelle 16c: Mieten, Pachten, Leasing</p>	<p>Größe der Fläche: 26472 qm</p> <p>Stellungnahme der Kämmerei:</p> <p>Ein Erwerb der Fläche ist grundsätzlich möglich. Zurzeit wäre jedoch ein Betrag in Höhe von 373.000 € zzgl. Notarkosten, Grunderwerbs-</p>

		<p>Frau Tillmann erläutert, dass es sich hier um eine Ausgleichsfläche an der Hoffnungsthaler Straße handelt, für die die Stadt eine jährliche Pacht an die SEGO zahlt.</p> <p>Die Kämmerei wird um Stellungnahme gebeten, ob ein Erwerb der Fläche möglich und kostengünstiger ist.</p>	<p>steuer, etc. für den Kauf zu entrichten. Im Investitionshaushalt der Stadt Overath ist eine solche Summe derzeit nicht abbildbar. Sollte zukünftig ein solches Volumen zur Verfügung stehen, ist ein Erwerb der Fläche sicherlich angezeigt.</p>
5	<p>Beratung über den Antrag der CDU Fraktion zur Prüfung ergänzender Bauflächen</p>	<p>Seitens der CDU-Fraktion wurde folgender Antrag gestellt:</p> <p><i>Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, in welchen beplanten oder innerstädtischen Bereichen, insbesondere in den derzeit nur einseitig bebauten, noch eine ergänzende Bebauung möglich ist. Es ist darzulegen, welche Einnahmen und Ausgaben mit einer entsprechenden Realisierung solcher Baugebiete für die Stadt verbunden sind.</i></p> <p>Es wird festgestellt, dass eine Ergänzung der Bebauung an der Breslauer Straße nur eine von einer Vielzahl möglicher Flächen ist, die unter diesem Antrag betrachtet werden können.</p> <p>Frau Tillmann erläutert die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung neuer Baugebiete.</p> <p>Der Verwaltung und dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss werden vermehrt Anträge auf Neuausweisung von Bauland zur Entscheidung vorgelegt. Es handelt sich dabei oftmals um Flächen im Außenbereich, die im geltenden Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt sind.</p> <p>Mit der Neufassung des Landesentwicklungsplanes sind die Möglichkeiten, zusätzliche Siedlungsflächen zu schaffen vor allem an den Nachweis eines Bedarfs geknüpft worden.</p> <p>Das bedeutet, die Kommunen können nur dann neue Flächen ausweisen, wenn nicht genügend Reserveflächen im Flächennutzungsplan oder in Form von Baulücken zur Verfügung stehen um einen vorhandenen bzw. künftigen Bedarf zu decken.</p> <p>Eine Beurteilung des Bedarfs und der vorhandenen Reserven ist auf Basis der zurzeit vorliegenden</p>	



Sparkommission 4

		<p>Planwerke nicht möglich, weswegen über vorliegende Anträge nicht entschieden werden kann, bzw. diese abzulehnen sind.</p> <p>Aus diesem Grund hat der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 14.04.2015 als Vorbereitung für eine spätere Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes die Erstellung eines Baulückenkatasters beschlossen.</p> <p>In Verbindung mit der Festlegung eines Entwicklungszieles lässt sich daraus dann ein konkreter zukünftiger Flächenbedarf ermitteln.</p> <p>Im Zuge der dann erfolgenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes entscheidet der Rat darüber, welche Flächen zukünftig entwickelt werden sollen.</p> <p>Zurzeit ist somit eine Aussage zu einzelnen Flächen nicht möglich und auch eine Kosten-/Nutzen-Rechnung verfrüht.</p> <p>Zur näheren Erläuterung wird dem Protokoll die Sachdarstellung zur Vorlage im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss beigelegt.</p> <p>Auf Nachfrage aus dem Publikum erläutert Frau Tillmann, dass bei einem Nachweis eines Bedarfs Flächen im Allgemeinen Siedlungsbereich (Darstellung im Regionalplan, hierzu gehört die Breslauer Straße) Flächen in dezentralen Lagen vorzuziehen sind.</p>	
6	Produkt 10020101 Produkt 10010101 Produkt 10030101	Vorgestellt und erläutert werden die Produkte 10020101 Dienstleistungen der Bauaufsicht, 10010101 Umlegung, Bodenordnung und 10030101 Denkmalschutz.	
		Es wird um Erläuterung gebeten um welche Kostenerstattung Stadtwerke/SEGO es sich	Es handelt sich hier um Personalkostenerstattungen. Der Ansatz gliedert sich auf in folgende Unterpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Erstattungen, Kostenumlagen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen u. Sondervermögen – 0,00 €



Sparkommission 4

		im Produkt 10020101 konkret handelt.	<ul style="list-style-type: none">• Erstattungen, Kostenumlagen von verbundenen Unternehmen u. Sondervermögen - Stadtwerke Verwaltungskosten – 920,00 €• Erstattungen, Kostenumlagen von verbundenen Unternehmen – Sego - 16.630 €
7	Ergebnis zum Budget des Planungs- und Bauordnungsamtes	Es wird festgestellt, dass keine Einsparpotentiale bzw. Möglichkeiten zusätzlicher Einnahmen gegeben sind . Es wird angemerkt, dass der Ertrag aus Genehmigungsgebühren in deutlichem Missverhältnis zu den Personalkosten steht. Die Baugenehmigungsgebühren richten sich nach der Allgemeinen Gebührenordnung für das Land NRW. Eine Einflussnahme ist hier nicht möglich.	
8	Wertschöpfung aus kommunalen Liegenschaften	Herr Barthel bittet erneut um Darlegung und Prüfung, ob aus nicht erforderlichen städtischen Liegenschaften (Forst- und landwirtschaftliche Flächen) über eine Veräußerung Einnahmen generiert werden können. Herr Allmayer erklärt, dass sich der AK Haushalt dieses Produkt zur Beratung vorbehalten hat. Daraus soll ein konkreter Vorschlag/Arbeitsauftrag an die Verwaltung erfolgen.	
9	Beteiligung OGATEN an den Bewirtschaftungskosten	Den Trägern der Offenen Ganztagschulen werden derzeit die Räume kostenfrei überlassen, Nebenkosten werden nicht verrechnet. Die Sparkommission 2 schlägt vor, die Träger mit einem Kostenbeitrag i.H. von 50 € je belegtem Platz p.a. am Aufwand für die genutzten Gebäude zu beteiligen. Bei der maximalen Belegung von 550 Plätzen entspricht das einem Ertrag i.H. von 27.500 €. Die Sparkommission 4 schlägt vor die Möglichkeiten und Höhe der Beteiligung an den Gebäudekosten (Nebenkosten u. evtl. anfallende Mieten) durch die Verwaltung zu prüfen.	
10	Anträge BIONUS	Herr Seeck verweist auf die Anträge von Bionus, die der SK 4 zugeordnet wurden und über die noch zu beraten ist.	
	Kostenreduzierung im Bereich des kommunalen Energiemanagements durch energiesparendes	Es wird festgestellt, dass es sich hier um einen längerfristigen Prozess handelt. Der Antrag wird als Prüfauftrag in den AK Haushalt verwiesen.	



Sparkommission 4

	Nutzerverhalten (Nr. 6)	
	Überprüfung aller laufender Bauvorhaben mit einem Volumen > 50.000 €, Veränderung zukünftiger Entscheidungsprozesse. (Nr. 4)	<p>Herr Seeck stellt seine Auffassung dar, dass ein Mitspracherecht des Rates bezüglich Bauausführung nach Abgabe der Umsetzung an die SEGO nicht gegeben ist. Die in der Gemeindehaushaltsverordnung vorgeschriebene Variantenabwägung findet nicht statt. Er erläutert dieses am Beispiel der Standortentscheidung Feuerwehr. Die Zusammenstellung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.</p> <p>Der Antrag wird als Prüfauftrag in den AK Haushalt verwiesen.</p>
	Marketingkonzept für die Nutzung kommunaler Veranstaltungsräume (Nr. 8)	<p>Es geht um die Darstellung/Erarbeitung konkreter Maßnahmen um die Mieteinnahmen zu erhöhen.</p> <p>Herr Seeck schlägt vor, auf der städtischen Homepage einen deutlich sichtbaren Link anzulegen, der auf die Möglichkeit der Anmietung städtischer Liegenschaften hinweist.</p> <p>Der Antrag wird als Prüfauftrag in den AK Haushalt verwiesen.</p> <p>Mitteilung der Verwaltung:</p> <p>Seitens des IMO wird derzeit eine Internetpräsenz für das IMO und die Veranstaltungshäuser erarbeitet. Zum heutigen Zeitpunkt ist die Internetpräsenz zu 75 % umgesetzt. Zur Zeit müssen noch die technischen Möglichkeiten erörtert werden. Die Umsetzung ist für Ende September 2015 vorgesehen.</p> <p>Die Internet-Seite wird u.a. im Bauausschuss vorgestellt.</p>
11	Winterdienst	<p>Die SK 4 stellt den Prüfauftrag an den AK Haushalt, zu prüfen, ob die Umlage für den Winterdienst künftig wieder über Gebühren und nicht wie bisher über die Grundsteuer erfolgen kann.</p> <p>Hintergrund ist eine größere Transparenz dem Bürger gegenüber.</p>